

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Europas Krise — nur ein Zwischenfall?

Keine noch so wohlgezielte Propaganda hätte die Diskussion um die Einheit Europas so stark wiedererwecken können, wie es das Zusammentreffen der beiden großen politischen Ereignisse vom Januar dieses Jahres getan hat: die Abweisung Englands mit seinem Beitrittsgesuch zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der deutsch-französische Freundschaftspakt. Man kann natürlich, wie es die Bundesregierung tut, dieses Zusammentreffen als rein zufällig bezeichnen. Kein Zweifel ist jedoch daran erlaubt, daß der Freundschaftsvertrag von *de Gaulle* als ein Schachzug auf der politischen und darüber hinaus auf der atlantischen Ebene angelegt ist und ausgenutzt wird. Dieser Umstand verleiht den Debatten, die darüber im *Euro-*

putschen Parlament in Straßburg geführt wurden und noch zu führen sein werden, ein besonderes Gewicht; sie werden um verschiedene Gesichtspunkte bereichert, die sich inzwischen bei den Auseinandersetzungen in den einzelnen Ländern und innerhalb vieler Konferenzen ergeben haben.

Außerhalb des offiziellen Frankreich besteht wohl Übereinstimmung darüber, daß das Veto de Gaulles gegen Englands Aufnahme in die EWG nicht durch den Stand der gewiß schwierigen Wirtschaftsverhandlungen bedingt war, sondern durch einen politischen Umstand, der völlig außerhalb des ganzen Fragenkreises der EWG lag. Es ist das englisch-amerikanische Abkommen von Nassau auf den Bahamas über die Zusammenarbeit der Atomstreitkräfte. Dieses Abkommen bedeutete das Scheitern der Pariser Pläne einer eigenen europäischen Atomstreitkraft, in deren Hintergrund die Errichtung einer eigenen „Dritten Kraft“ zwischen Ost und West steht. Auf den Wert oder Unwert solcher Spekulationen einzugehen, ist hier nicht am Platze; mit den Römer Verträgen, der Grundsatzung der EWG, haben sie bestimmt nichts zu tun.

Um so stärker berührt das Veto de Gaulles den Bestand und die Weiterentwicklung der Gemeinschaften zu jener politischen Einheit, die den Schöpfern der Römer Verträge vorschwebte. Die EWG soll allen offen stehen, die sich die Ziele einer Integration Europas zu eigen machen und die Satzung der Sechsergemeinschaft anerkennen. Der erste Versuch dazu schlug fehl. Das war um so bedeutsamer, als die Aufnahme Englands dazu bestimmt war, zum Modellfall für den Beitritt einer ganzen Reihe von anderen Staaten und für eine Assoziation weiterer Länder zu werden.

Es nutzt wenig, wenn Frankreichs Staatspräsident bald darauf den Dänen versicherte, daß Paris gegen den Beitritt dieses Staates keine Einwendungen erheben wolle. Denn es besteht ja doch ein Unterschied zwischen dem großen Inselreich mit seinen weltweiten Interessen und dem verhältnismäßig kleinen Agrarstaat, der bestimmt auch seine sehr wesentlichen Ansprüche anzumelden hat, aber im Rahmen einer Gemeinschaft von 165 Millionen Menschen gewiß keine überragende Rolle spielen sollte. Das Echo, das die Ablehnung Englands bei den Ländern der sogenannten Freihandelszone, der EFTA, gefunden hat, zeugt denn auch eindeutig dafür, daß fürs erste alle Bemühungen um eine Erweiterung des Europa der Sechs völlig blockiert sind. Das ist für einzelne von ihnen sogar tragisch. Insbesondere fühlt sich *Österreich* bedroht, dessen Handel von den Beziehungen zu den EWG-Ländern ganz entscheidend abhängt. Aber stellt sich diese Lebensnotwendigkeit des kleinen, zwischen Ost und West eingeklemmten Staates so wesentlich anders dar als diejenige der Deutschen Bundesrepublik? Bestimmt nicht,

wenn man den Ausführungen des deutschen Bundeswirtschaftsministers *Erhard* aus neuester Zeit folgt, wonach der deutsche Export in die Freihandelszone zur stärksten Stütze des deutschen Ausführüberschusses geworden ist. Die Lage ist also wesentlich anders als vor wenigen Jahren, wo noch der Handel innerhalb der EWG und mit den Überseeländern den deutschen Exportindustrien den stärksten Rückhalt gewährt hat.

Wenn demnach je, so ist heute die innere Stärkung und der Ausbau nach außen hin für die EWG ein dringendes Gebot. Statt dessen haben wir, wie der Präsident der EWG-Kommission Professor *Hallstein* überzeugend darlegte, innerhalb der EWG eine echte Vertrauenskrise. Diese Auffassung wurde von Rednern fast aller Parteien sämtlicher Länder unterstrichen mit der einzigen Ausnahme der französischen Gaullisten. Aber auch sie hatten nicht den Mut, gegen eine Entschließung zu stimmen, die eine Fortführung der bisherigen Integrationspolitik und die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit England empfahl. Vielmehr beschränkten sich die Anhänger des französischen Staatschefs darauf, sich der Stimme zu enthalten.

Welches sind nun die Gründe, die auf der Februartagung des Straßburger Parlaments gegen die Abweisung Englands geltend gemacht wurden? Sie decken sich im wesentlichen mit dem Tenor von Kundgebungen und Entschließungen, die in der Folge sowohl von den Freien Gewerkschaften wie von der sozialistischen Opposition, aber auch von zahlreichen Politikern liberaler und christlich-demokratischer Richtung laut geworden sind. Der Sprecher der Sozialisten in Straßburg, *Willi Birkelbach*, bezeichnete das Vorgehen de Gaulles als unvereinbar mit dem Geist und den vertraglichen Grundlagen der Gemeinschaft. Frankreich hatte ja die Verhandlungen durch ein Veto auffliegen lassen, obwohl alle fünf übrigen Länder und selbst das Leistungsorgan der EWG, die Kernkommission, dazu keine unmittelbare Veranlassung sahen. Die Art, andere Partner vor vollendete Tatsachen zu stellen, passe nicht in die Vorstellung der Sozialisten von Freundschaft und Gemeinschaft und von demokratischem Verhalten. Bittere Klage führte Birkelbach darüber, daß die Volksvertreter im Europäischen Parlament einfach Übergängen wurden, obwohl diese doch ihre Völker repräsentieren. Frankreichs Schritt sei mehr als nur eine einmalige Aktion.

Käme es zu einer Art Dauerverabredung von zwei großen Partnern innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, wie sie nach dem deutsch-französischen Vertrag sogar erforderlich werden könnte, dann würde diese selbst die Wirkung eines Vetos haben. Hierzu muß festgestellt werden: im Grundsatz sind die sechs Länder der Gemeinschaft gleichberechtigt, ihr Gewicht an Stimmen jedoch ist ver-

schieden. Mehrheitsentscheidungen erfordern eine Zweidrittelmehrheit. Nun verfügen Deutschland und Frankreich zusammen über acht, die anderen vier Länder über neun Stimmen. Die letzteren können also niemals die qualifizierte Mehrheit aufbringen, sobald Deutschland und Frankreich geschlossen auftreten. Hier liegt das entscheidende Bedenken der kleineren Länder gegen den deutsch-französischen Pakt. Sie müssen fürchten, in die Rolle von Statisten oder sogar von Satelliten abgedrängt zu werden. Das aber wäre die Blockierung der Gemeinschaft und das Ende ihrer Entwicklung. Die Gemeinschaft müsse offen bleiben und in die atlantische Solidarität eingebettet sein; keinesfalls dürfe sie zu einem Instrument neuer machtpolitischer und militärpolitischer Überlegungen werden.

Bemerkenswert war bei den Straßburger Beratungen die Beobachtung, daß sich kaum eine ernsthafte Stimme gegen die Verständigung zwischen Bonn und Paris an sich erhob. Die Einwände richteten sich vielmehr in entscheidendem Maße eben gegen eine solche Blockbildung. Wenn z. B. die Frage aufgeworfen wurde, warum Frankreich oder Deutschland nicht auch mit den übrigen Staaten der EWG ähnliche zweiseitige Verträge abgeschlossen haben, so war das nur der Ausdruck einer kaum zu verbergenden Mißstimmung. Denn ein solches Netz von zweiseitigen Verträgen, deren Durchführung allerlei Ministerkommissionen, Fachausschüssen und ähnlichen bürokratischen Organen anvertraut wird, ohne einer parlamentarischen Kontrolle zu unterliegen — das wäre ja genau jenes „Europa der Vaterländer“, wie es von de Gaulle empfohlen und in dem sogenannten *Fouchet-Plan* ausgearbeitet worden ist. Wenn ferner auch die Möglichkeit angedeutet wurde, gegen das Veto von Paris mit einer Klage vor dem Gerichtshof der EWG Einspruch zu erheben, so erkannte der Redner, der das ins Auge faßte, auch sofort die Aussichtslosigkeit eines solchen Schrittes. Denn ein formaljuristisches Urteil gegen ein großes Mitglied der Gemeinschaft kann ja den Gemeinschaftsgeist nicht ersetzen, von dem diese getragen sein muß, soll sie funktionsfähig bleiben.

Jetzt drängt sich eine bestürzende Feststellung auf. Alle die Befürchtungen, die man für die innere Aushöhlung der Gemeinschaft in Straßburg geäußert hat, wurden wenige Wochen darauf bestätigt. Da stand die Ratifizierung eines umfassenden Assoziationsvertrages mit 18 der jungen afrikanischen Staaten an, die früher den beteiligten europäischen Ländern auf das engste verbunden waren. Der Vertrag ist fertig. Er begünstigt in erster Linie diejenigen Entwicklungsländer, die früher unter französischer und belgischer Kolonialherrschaft standen. Die einstigen Kolonialmächte müssen noch heute hohe Aufwendungen leisten, um ihre wirtschaftlichen und kulturellen Bande

mit den frei gewordenen Völkern zu pflegen. Diese wiederum haben ein großes Interesse daran, zu vermeiden, daß der Eindruck einer kolonialen Abhängigkeit von einem einzelnen Staate wieder aufkommt. So mußte allen daran gelegen sein, mit einem multilateralen Assoziationsvertrag einen neuen Weg zur Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika zu beschreiten. Darüber war man sich — wie gesagt — klar. Nun aber, wo es zur Unterschrift des Vertrags kommen soll, wehren sich Italien und Holland gegen ein solches Ansinnen. Ihre Haltung wird nur erklärlich als Gegenaktion gegen die Abweisung Englands, dessen Beitritt sie gewünscht hatten. Man sieht an diesem Beispiel deutlich, wie schon jetzt an die Stelle sachlicher Erwägungen kleinliche Interessenkämpfe oder Intrigen zu treten beginnen.

Aber das ist erst der Anfang. Bereits übt man sich in innerpolitischen Querelen. Frankreichs Staatschef hat öffentlich die Verfassung der Bundesrepublik kritisiert, weil diese kein Referendum kenne. Als ob das deutsche Volk von jener Art Volksabstimmungen, die unter dem Nazisystem üblich waren, nicht genug hätte. Andererseits hat Bundeskanzler *Adenauer* auch recht deutlich zu erkennen gegeben, wo ihn der Schuh drückt, falls es zu einer Erweiterung der EWG kommen sollte. Früher einmal hatte er sich damit begnügt, der Besorgnis Ausdruck zu verleihen, die EWG könnte zu dick werden. Jetzt aber wurde er deutlicher und sprach davon, daß der Beitritt sozialistisch regierter Länder wie Dänemark und Norwegen, später vielleicht auch England, das politische Bild der Europäischen Gemeinschaft verändern könne. Man sieht, autoritär gesinnte Staatschefs fangen bereits an, vor alten Monarchien Furcht zu bekommen. Das ist bestimmt eine neue Nuance in der Geschichte moderner politischer Auffassungen! Aber im Ernst: gerade die erwähnten Völker sind Träger einer starken und unbeirrbar demokratischen Tradition, in ihre Treue zu internationalen Verträgen ist ein Zweifel nicht erlaubt. Und das ist ein Grund mehr, weshalb ihnen der Beitritt zu der Gemeinschaft offen gehalten werden muß. Er kann der Gemeinschaftsarbeit neue Impulse verleihen. Diese werden aber gerade wichtig in einer Zeit, wo gewisse autoritäre Tendenzen in einzelnen Ländern so erstarken, daß sie den demokratischen Geist einer Völkergemeinschaft gefährden können.

Es zeugte von der Besonnenheit des Straßburger Parlaments, daß es beschlossen hat, die Arbeit am Ausbau der Gemeinschaft fortzusetzen, als ob nichts geschehen wäre. Nur so ist es möglich zu erreichen, daß die Gemeinschaften nicht in eine offene Krise hineingeraten, sondern daß die Auseinandersetzungen unserer Tage nur ein Zwischenfall bleiben.

Artur Saternus